

## IX. Aus dem Geschäftsausschuss der Berliner ärztlichen Standesvereine.

In der Sitzung des Geschäftsausschusses vom 10. Mai verlas der Vorsitzende, Geheimrath Becher, vor der Tagesordnung einen ministeriellen Bescheid auf den im Jahre 1893 (!) eingereichten Antrag des Ausschusses auf Abzweigung einer besonderen Aerztekammer für den Stadtkreis Berlin. Da inzwischen die Aerztekammer der Provinz Brandenburg selbst sich im vorigen Jahre gegen eine derartige Einrichtung ausgesprochen hat, so ist die — übrigens dilatorische — Antwort des Ministers zur Zeit gegenstandslos geworden. — Die eigentliche Tagesordnung wurde — nach der Wahl eines Mitgliedes der Hygienecommission und nach der Vertagung eines Antrags des Vereins Luisenstadt bezüglich Aenderung des Aufnahmeverfahrens — mit der lebhaften und eingehenden Debatte über den ministeriellen Taxentwurf ausgefüllt. Die Grundlage für die Discussion bildeten die Vorschläge der wirthschaftlichen Commission des Geschäftsausschusses (Referent: Joachim); dieselben stellten ihrerseits einen nach mehrfachen Berathungen gewonnenen Extract aus den Abänderungsanträgen der einzelnen Standesvereine dar.

Die hauptsächlichsten prinzipiellen Verbesserungsvorschläge, die im Geschäftsausschuss zur Annahme gelangten, betreffen einmal die Einschränkung des Anwendungsbereichs bezw. die Erhöhung der Minimalsätze und zweitens die Nivellirung der aus lokalen und anderen Verhältnissen entspringenden Ungleichheiten, welche den relativen Werth der Honorarsätze unter Umständen erheblich beeinflussen. Nach beiden Richtungen versucht (vgl. den Entwurf in No. 15 unserer Wochenschrift) der Zusatz zu § 2 des Entwurfs (Antrag des Friedrichstädtischen Vereins) bessernd einzuwirken, welcher eine unterschiedliche Besserung der Minimalsätze nach Servisclassen verlangt. Bekanntlich sind zur Festsetzung der tarifmässigen Entschädigung für die Einquartierung von Militärpersonen und des Wohnungszuschusses an die unmittelbaren Staatsbeamten seit 1868 bezw. 1873 alle Ortschaften Preussens in verschiedene (6) Servisclassen eingetheilt, mit der Maassgabe, dass mit jeder höheren Classe der Wohnungszuschuss resp. die Entschädigung für die Einquartierung in bestimmtem Verhältniss wächst. Bei der Uebertragung dieser Institution auf die ärztliche Gebührenordnung würden sich die Minimalsätze für die einzelnen Orte nach ihren Thenerungsverhältnissen erhöhen und so ein gerechter Ausgleich der thatsächlich bestehenden Differenzen geschaffen werden. — Einen ähnlichen Zweck wie der vorstehende Zusatz verfolgt in leicht verständlicher Weise der Antrag zu § 3, nach welchem die Höhe der Gebühr innerhalb der festgesetzten Grenzen auch nach den örtlichen Verhältnissen zu bemessen sein soll. — Die ministerielle Bestimmung, dass die Minimalsätze auch im Falle des § 51 No. 4 der Concursordnung Anwendung finden sollen, wurde mit Recht als eine Verschlechterung der bisherigen Verhältnisse angesehen und demgemäss gestrichen. — Für den Fall, dass der Antrag auf Einführung von Servisclassen für die Bemessung der Minimalsätze die Billigung des Ministers nicht finden sollte, wurde eine Erhöhung des Minimalsatzes für den ersten Besuch des Arztes auf 3 M., für jeden folgenden eine Honorarerhöhung auf 2–10 M., für die erste Consultation in der Wohnung des Arztes eine Steigerung des Minimalsatzes auf 2 M., für jede folgende Consultation in gleicher Weise auf 2 M. beschlossen. (Der Antrag des Westvereins, den Unterschied in der Honorarbemessung für den ersten und jeden folgenden Besuch bezw. für die erste und folgende Consultation als im allgemeinen praktisch unbegründet aufzuheben, hat leider die Majorität des Geschäftsausschusses nicht für sich gewinnen können.) — Mit diesen Vorschlägen sind die durch den Geschäftsausschuss bewirkten prinzipiellen Aenderungen des Taxentwurfs im wesentlichen erschöpft. Eine Wiedergabe der übrigen, zum Theil sehr vortheilhaften Correcturen der allgemeinen und besonderen Bestimmungen verbietet diesmal der Raum. Da nach Majoritätsbeschluss des Ausschusses der veränderte Entwurf den Mitgliedern sämtlicher preussischen Aerztekammern zugehen wird, so werden die maassgebenden Körperschaften Gelegenheit erhalten, in die Details der Abänderungen Einsicht zu nehmen.

J. Schwalbe.